

Friedensinitiative Dresdens
c/o Eberhard König
Pfeifferhannsstraße 10/701
01307 Dresden
koeeby@web.de



Dresden, 22.06.2021

Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister
Postfach 12 00 20
01001 Dresden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hilbert,

in Verbindung mit unserem offenen Brief an alle Abgeordneten des Landtages und des Stadtrates von Dresden möchten wir unser Anliegen an Sie persönlich präzisieren:

Im Zuge der NATO-Mission "Enhanced Forward Presence" werden seit 2016 NATO-Streitkräfte an der russischen Grenze positioniert und stationiert. Die Stationierung und Rotation von NATO-Truppen wird logistisch auch über den Flughafen Dresden verwirklicht. Bis zu 10 US und NATO-Hubschrauberflüge pro Monat sind das.

US-Streitkräfte sind wegen der Ausübung der ihnen durch das Stationierungsrecht eingeräumten Befugnisse nicht der deutschen Gerichtsbarkeit unterworfen. Dadurch ist der Rechtsschutz für Bürger und deren Einflussnahme stark eingeschränkt. **Der Gesetzesgrund "der befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten" liegt aber nicht vor:** Diese Politik dient weder der Verteidigung noch den Sicherheitsinteressen der Deutschen und auch nicht der europäischen Völker.

Nach unserer Petition an Sie am 21.09.2018 stehen Sie, das Stadtparlament und jedes Dresdner Mitglied des Deutschen Bundestages in mehrfacher Hinsicht in der Pflicht:

- Sie als Volksvertreter haben uns die ausschließlich friedliche Nutzung unseres Zivilflughafens zu garantieren. Das heißt Ausschluss jeglicher Nutzung für die Herstellung oder den Umschlag von Waffen, Nachschub oder Zulieferung für militärische Zwecke.
- Dresden will nicht erneut in Schutt und Asche gelegt werden, weil es militärstrategischen Einrichtungen Platz bietet.
- In einer Welt voller Kriege müssen von Dresden deutliche
- Zeichen der Vernunft und Signale für Deeskalation, Abrüstung und Völkerverständigung ausgehen.

Alle unsere bisherigen Bemühungen, bei Ihnen Unterstützung zu finden, wurden formaljuristisch abgewehrt. Diese Abwehrhaltung hat in den letzten beiden Jahren (solange tragen wir Ihnen unser berechtigtes Anliegen vor) nur zur Verschlimmerung der internationalen Sicherheitslage beigetragen und nicht im geringsten den Bürgerinteressen gedient.

Mit freundlichem Gruß, für die Friedensinitiative Dresden